

## > Presseinformation

SchaLL.NRW zur TV-L-Runde 2026:

### **Wie lange noch wollen TdL und Gewerkschaften sich dem „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ für über 350.000 tarifbeschäftigte Lehrkräfte widersetzen?**

Essen, 17.02.2026

#### **Ungerechte Zwei-Klassen-Gesellschaft im Lehrerzimmer**

Obwohl angestellte und verbeamtete Lehrkräfte die gleiche Arbeit in Unterricht, Bildung und Erziehung leisten, gibt es eine erhebliche Einkommenslücke. Über die Lebenszeit hinweg kann sich die **Schlechterstellung angestellter Lehrkräfte** – inklusive des ausschließlich Beamt:innen gewährten Familienzuschlags – zwischen ca. **500.000 Euro** bis zu ca. **1.000.000 Euro netto** summieren.

SchaLL.NRW bezeichnet diesen Zustand als verfassungsrechtlich nicht hinnehmbar und sozialpolitisch untragbar – dabei handelt es sich um eine Frage der Gerechtigkeit und nicht um Neid oder Missgunst.

SchaLL.NRW fordert auch nach der TV-L-Runde 2026 ein Ende der massiven Einkommensungleichheit zwischen tarifbeschäftigten und verbeamteten Lehrkräften und ruft die Tarifparteien auf, die Netto-Lohndiskriminierung endlich zu beenden. Grundlage ist der Verfassungsgrundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, der für rund 351.600 angestellte Lehrkräfte in Deutschland bis heute nicht eingelöst wird, denn:

#### **TV-L 2026: Ein Kollegium – ein Maßstab**

**Wie lange noch wollen die Länder die Einkommenslücke im Lehrerzimmer nicht schließen und 351.600 tarifbeschäftigten Lehrkräften „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ verweigern?**

Die bisherige Praxis, Tarifergebnisse automatisch 1:1 auf die Beamtenbesoldung zu übertragen, zementiert die Ungleichheit und vergrößert die Einkommensschere von Tarifrunde zu Tarifrunde. Die Übertragung muss ausgesetzt werden, bis es netto gleichgestellte Löhne für alle Lehrkräfte statusunabhängig gibt.

## > Presseinformation

### Wie lange noch müssen Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst auf die Wiedereinführung des Familienzuschlags warten?

#### Konkrete Forderungen von SchaLL.NRW

SchaLL.NRW stellt nach der TV-L Runde 2026 weiterhin Forderungen für tarifbeschäftigte Lehrkräfte auf:

- Erhöhung des Bruttolohns um 33%, mindestens jedoch 1.600 Euro monatlich, für alle 351.600 angestellten Lehrkräfte in Deutschland
- Einführung des Familienzuschlags (früher Teil des Ortszuschlags) für Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst, denen dieser bislang vorenthalten wird
- Erhöhung des Bruttolohns um 33%, mindestens jedoch 1.200 Euro monatlich, für MPT-Kräfte und die Schulsozialarbeit
- Aussetzen der 1:1 Übertragung der Tarifergebnisse auf die Besoldung der verbeamteten Lehrkräfte solange, bis die Nettolohn-Diskriminierung vollständig beendet ist

SchaLL.NRW fordert die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) als Arbeitgeberseite sowie die Gewerkschaften dbb beamtenbund und tarifunion, GEW sowie ver.di auf, sich in der Zukunft klar zum Ziel eines gleichgestellten Netto-Entgelts für beide Statusgruppen zu bekennen.

#### Solidarität statt Sonderopfer

Seit Jahrzehnten tragen angestellte Lehrkräfte ein milliardenschweres Sonderopfer, während verbeamtete Kolleg:innen 1:1 von den erkämpften Tarifergebnissen profitieren. SchaLL.NRW erinnert daran, dass Solidarität im öffentlichen Dienst keine Einbahnstraße sein darf und dass finanzielle Spielräume zuerst denjenigen zugutekommen müssen, die am weitesten zurückliegen. Erst wenn die Nettolohndifferenz für alle tarifbeschäftigten Lehrkräfte bundesweit beendet ist, können Angestellte und Beamt:innen gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Entgelte streiten, ohne die bestehende Ungerechtigkeit weiter zu vergrößern.

Der Lehrkräfteverband SchaLL.NRW setzt sich seit 25 Jahren für „Gleichen (Netto-) Lohn für gleiche Arbeit“ der inzwischen mehr als 350.000 angestellten Lehrkräfte in Deutschland ein.

#### gez. Stefan Nierfeld

Vorsitzender

Kontakt 0177 8085454

E-Mail: stefan.nierfeld@schall-nrw.de